

## Arzneimittel-Lagerpflicht: Droht uns ein Medikamentenengpass?

Am 21. April 2025 tritt eine neue Verordnung zur Arzneimittelbevorratung in Österreich in Kraft, um kritische Medikamente zu sichern und Versorgungsengpässe zu verhindern.



**Österreich** - Am 21. April 2025 tritt eine neue Verordnung zur Arzneimittelbevorratung in Österreich in Kraft. Diese Maßnahme zielt darauf ab, die nationalen Lagerbestände kritischer Medikamente zu erhöhen, um besser auf Engpässe und Notfälle reagieren zu können. Laut **OTS** müssen pharmazeutische Unternehmen künftig bestimmte Arzneimittel in einer ausreichenden Menge für den österreichischen Bedarf einlagern. Von ursprünglich 721 gelisteten Präparaten wurden allerdings 36 entfernt, da sie nicht mehr im Handel sind. Zudem wurden Arzneimittel mit Paracetamol- oder Ibuprofen-Wirkstoffen gestrichen, da in diesen Fällen keine Versorgungseinschränkungen aufgetreten sind.

Insgesamt fallen rund 600 Medikamente unter die neue Lagerpflicht. Die Reaktionen aus der Branche sind gemischt. Der Österreichische Generikaverband äußert massive Kritik an der Verordnung, da die Generikahersteller bereits mit 80 bis 100 Prozent Auslastung arbeiten. Es bleibt unklar, wie das Produktionsvolumen trotz dieser Vollauslastung erhöht werden kann.

## **Kritik an der Verordnung**

Unternehmen drohen bei Nichterfüllung der Lagerverpflichtungen Strafzahlungen. Dies könnte den Versorgungsauftrag erheblich gefährden, da Länder mit strengeren Verpflichtungen möglicherweise bevorzugt beliefert werden, was andere Länder benachteiligt. Als Beispiel sei Frankreich genannt, wo im September 2024 Strafen in Höhe von 8 Millionen Euro verhängt wurden, weil 30 von 5.000 gelisteten Medikamenten nicht vorrätig waren. **Der Generikaverband** warnt vor einer Verschärfung des Wettbewerbs um Medikamente, was die Versorgungslage zusätzlich instabil macht.

Die Einführung dieser Pflichtlager führt zudem zu zusätzlichen Kosten und Investitionen, die für viele Unternehmen wirtschaftlich schwer darstellbar sind. Andiel, ein Vertreter des Verbandes, befürchtet, dass es zu Verteilungskonflikten und neuen Engpässen kommen könnte. Die EU selbst sieht diese Pflichtlager kritisch. Der „Critical Medicines Act“ fordert daher Verhältnismäßigkeit, Transparenz und Solidarität in der Arzneimittelversorgung.

## **Hintergründe der Engpässe**

Die Ursachen für die bestehenden Engpässe in der Arzneimittelversorgung sind vielfältig. Neben steigenden Produktionskosten und sinkenden Preisen ist auch die Verlagerung der Wirkstoffproduktion in Billiglohnländer ein wesentlicher Faktor. Der Österreichische Generikaverband

fordert daher dringend Reformen der Preis- und Erstattungsregelungen, um eine nachhaltige Verbesserung der Versorgung sicherzustellen.

In Zusammenarbeit mit den EU-Gesundheitsprogrammen, wie z.B. „EU4Health“, arbeiten die Mitgliedstaaten daran, die Verfügbarkeit von Medikamenten in Europa zu verbessern. **EU-Abgeordnete** plädieren für zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Pharmaproduktion in Europa, darunter die Schaffung finanzieller Anreize und den Austausch bewährter Praktiken in der Lagerhaltung.

Die aktuelle Situation verdeutlicht, dass der Umgang mit der Arzneimittelversorgung zunehmend komplexer wird. Es bleibt abzuwarten, welche langfristigen Maßnahmen ergriffen werden, um Engpässe zu vermeiden und die Sicherheit der Patienten zu gewährleisten.

Details	
<b>Vorfall</b>	Notfall
<b>Ursache</b>	steigende Produktionskosten, sinkende Preise
<b>Ort</b>	Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.ots.at">www.ots.at</a></li><li>• <a href="http://www.generikaverband.at">www.generikaverband.at</a></li><li>• <a href="http://www.europarl.europa.eu">www.europarl.europa.eu</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**